

A4 Gewaltschutz nicht als Feigenblatt für den Überwachungsstaat nutzen: NEIN zur PAG-Novelle!

Antragsteller*innen: Diana Hennig, Felix Heilemann, Maxi Volz, Nikolaus Fritzsche, Jasper Robeck (dort beschlossen am: 22.10.2026)
Diana Hennig, Felix Heilemann, Maxi Volz, Nikolaus Fritzsche, Jasper Robeck (dort beschlossen am: 22.10.2026)

Tagesordnungspunkt: 7. Sonstige Anträge

Antragstext

1 Eine wirksame Innen- und Rechtspolitik beinhaltet für uns den konsequenten
2 Schutz von Bürger*innenrechten. Basis hierfür ist eine bürgernahe und präsente
3 Polizei, die gut ausgestattet ist und transparent agiert. So schaffen wir
4 Vertrauen bei den Bürger*innen. Wirksame Innenpolitik basiert auf Fakten und
5 spielt nicht mit den Ängsten der Bevölkerung.

6 Diese bündnisgrüne Vision einer "bürgernahen, modernen, transparenten und
7 präsenten Polizei" steht nicht im Einklang mit der geplanten Novelle des
8 Polizeiaufgabengesetz der Landesregierung und des Innenministers. Das neue PAG
9 sieht umfassende Kompetenzerweiterungen im Bereich der digitalen wie auch
10 physischen Überwachung vor.

11 Wir lehnen dieses Gesetzentwurf ab, weil präventive Überwachungsbefugnisse
12 ausweitet werden, ohne im gleichen Zug rechtsstaatlich wirksame
13 Schutzmechanismen zu implementieren. Es bedarf eines Gesetzes, dass der
14 notwendigen Weiterentwicklung der Polizei in Thüringen anhand kriminologischer
15 Maßstäbe und wissenschaftlicher Erkenntnisse gerecht wird. Wir bedauern, dass
16 die Chance verspielt wurde mehr Gewaltschutz zu ermöglichen, ohne die geplanten
17 Befugnisse auf das Schutzgut Leib und Leben zu begrenzen.

18 Keine anlasslose Massenüberwachung und Verhaltenskontrollen mit uns

19 Im Wesentlichen sind die geplanten automatisierten, KI-gestützten
20 Verhaltenskontrollen zu kritisieren, die zukünftig nach Plänen der
21 Landesregierung Einzug in die präventiven Kompetenzen der Thüringer Polizei
22 erhalten sollen. Es soll eine umfassende Überwachung von Personen an
23 öffentlichen Orten ermöglicht werden, im Einklang mit der weitreichenden
24 Überprüfung und Speicherung personenbezogener Daten aller Beteiligten, auch von
25 Zeug*innen und persönlichen Daten aus dem Internet. Diese umfassende Kompetenz
26 sieht nicht vor, dass Betroffene von der Überwachung erfahren. Einerseits weiß
27 man also nicht, ob, zu welchem Grund oder in welchem Umfang man überwacht wird
28 beziehungsweise wurde. Mit dieser KI-gestützten Analyse von Kamerabildern und
29 Datenbanken geht Thüringen einen Schritt in Richtung des "Predictiv Policing".
30 Damit sollen polizeiliche Maßnahmen durch eine Datenanalyse im Vorhinein im
31 besten Falle überflüssig gemacht werden. Bei so einer anhaltslosen Überwachung
32 aller beteiligten Personen wird der Schutz der individuellen Freiheitsrechte im
33 Sinne einer transparenten Polizei nicht geachtet. Diesen besonderen
34 Schutzmechanismus dieser Grundrechte sieht der PAG-Entwurf nicht vor. Eine grüne
35 Partei, die ihre Ursprünge in Thüringen auch in der Bürger*innenrechtsbewegung
36 hat, darf einen solch gewichtigen Grundrechtseingriff nicht ignorieren.

37 Vielmehr bewirkt die bloße Möglichkeit der Überwachung allein, dass Personen
38 sich automatisch anders verhalten, ohne einem Fehlverhalten nur nahe gekommen zu
39 sein. Dieses Phänomen, der "Chilling Effekt", bewirkt, dass Menschen sozial

40 erwünschtes Verhalten reproduzieren. Der automatisierende Datenabgleich mitsamt
41 Verhaltensauswertung führt zudem dazu, dass Personen in Zukunft doppelt bedenken
42 müssten, wie und ob sie ihre Meinung kundtun oder an Demonstrationen teilnehmen.
43 Dies widerspricht fundamental dem, was wir uns unter demokratisch und politisch
44 engagierte Zivilgesellschaft vorstellen, die das Funktionieren einer
45 demokratischen Öffentlichkeit erst ermöglichen. Speziell in Zeiten, in den eine
46 gesichert rechtsextreme Partei im Landtag, welche sich nicht von den Taten der
47 dunkelsten Zeiten in Deutschland distanzieren will, im äußersten Fall zukünftig
48 über Polizeitätigkeiten mitentscheiden könnte, ist eine solche Gesetzesnovelle
49 mehr als fahrlässig.

50 PAG-Novelle nur nach kriminologischen Maßstäben

51 Wir wissen: Die Kameras, die auf dem Erfurter Anger hängen, können bereits KI-
52 Überwachung, sie dürfen diese Fähigkeit nur noch nicht nutzen. Dieses Beispiel
53 zeigt sehr deutlich, dass mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz sich der
54 Schwerpunkt polizeilicher Arbeit in Thüringen verschiebt. Weniger Prävention,
55 mehr Überwachung und mehr Repression. Dieser Gesetzentwurf und sein Vollzug
56 bedeutet, dass Haushaltsmittel, statt in andere Aufgaben, in Hard- und Software
57 fließen wird, um diese neuen Überwachungsbefugnisse auch auszuschöpfen.
58 Thüringer Beamte werden, statt auf der Straße zu stehen, die KI Personendaten
59 mit dem Internet abgleichen lassen. Damit erweitert das Gesetz nicht bloß nur
60 irgendwelche abstrakten Befugnisse, sondern sie verändert auch ein bisschen die
61 praktizierte Realität von Polizeiarbeit.

62 Mit der Entwicklung der Polizei in diese Richtung bleibt unsere grüne Vision von
63 Sicherheitspolitik auf der Strecke, eine bürgernahe, präventive Polizeiarbeit.
64 Die Mittel, die in (KI-)Videoüberwachung gehen, fehlen unter anderen bei der
65 Erwachsenensozialarbeit, die dem real existierenden, sozialen Problem auf dem
66 Anger, eine nachhaltige Bewältigung folgen lassen. Die Finanzierung eines
67 Modellprojektes, wo Polizei durch interdisziplinäres Personal zur Intervention
68 begleitet wird, scheint ferner den je. Dabei beschweren sich die
69 Polizeigewerkschaften weiter, dass viel zu oft, die Polizei gerufen wird, um
70 soziale Probleme zu lösen oder bei psychischen Notlagen, zu deren Bearbeitung
71 die Beamte gar nicht befähigt wurden. Den neuen Befugnissen folgt, dass die
72 nächste Schulung dem Einsatz der neuen Überwachungsbefugnisse gilt, statt der
73 Weiterentwicklung sozialer Kompetenzen oder der professionellen Verweisberatung
74 an fachliche Ansprechstellen.

75 Alle diese Instrumente erfordern komplexe, rechtliche Gefahrenanalysen und
76 saubere rechtsichere Abwägungen, die erwartungsgemäß zusätzlich geleistet werden
77 müssen, da der Personalbestand in der Regel nicht mit den Aufgaben wächst. Ein
78 modernes Polizeiaufgabengesetz muss daher vorallem nach kriminologischen
79 Maßstäben weiterentwickelt werden und Hand in Hand mit polizeilichen Konzepten,
80 Statistiken sowie Schulungsinhalten gehen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass
81 hier die neuen gesetzlichen Befugnisse auf eine Institution treffen, die in der
82 Breite schon mit dem Status Quo vielfach überfordert sind. Daher fordern wir,
83 dass dieser Gesetzentwurf zurückgezogen wird und streng nach wissenschaftlichen
84 Maßstäben, passend zur einer strategischen und sozial verträglichen
85 Weiterentwicklung der Behörde Polizei, eine neue Überarbeitung dieses Gesetzes
86 anzustoßen.

87 JA zum "Spanischen Modell", NEIN zur Instrumentalisierung von Gewaltschutz von
88 Frauen und Mädchen

89 Viele eindruckliche Beispiele aus Thüringen zeigen den Handlungsbedarf beim
90 Gewaltschutz: Allein in den letzten 7 Monaten sind in Thüringen drei Frauen von
91 Ihren Partnern oder Expartnern getötet worden. Am 07. März hat ein 33 Jahre
92 alter Mann seine 25-jährige Exfreundin in Zöllnitz erwürgt, am 23.06. hat ein 35
93 jähriger eine 20 jährige Frau mit der er in engerer Beziehung stand in Greiz
94 getötet und am 20.09. beging ein 38 jähriger an einer 32 jährige Mutter eines
95 vierjährigen Jungen ein Tötungsdelikt in Bad Berka. Nur 11 km hiervon entfernt
96 erschoss ein Polizist in Klettbach im April 2025 mit seiner Dienstwaffe seine
97 Frau und seine zwei Kinder. 99% aller intimen Fotos, Videos und Deepfakes im
98 Netz sind weiblich und werden von Männern gegen den Willen der Frauen hier
99 eingestellt. 10 % mehr Vergewaltigungen sind in der Kriminalitätsstatistik im
100 Jahr 2026 aufgeführt, Frauen werden doppelt so häufig gestalkt und sind viermal
101 häufiger von häuslicher Gewalt betroffen als Männer.

102 Deshalb schließen wir uns der Forderungen der feministischen Verbänden nach
103 konsequenten Maßnahmen des Gewaltschutzes an, insbesondere auch der Umsetzung
104 des "Spanischen Modells", um Frauen zu schützen. Auch der Gesetzentwurf zur
105 Novellierung des PAG greift das "Spanische Modell" in einem Punkt auf: Der
106 elektronischen Fußfessel.

107 Die Idee ist, dass die elektronische Fußfessel die Betroffenen, die
108 beispielsweise ein Annäherungsverbot erwirkt haben, warnt und die Polizei
109 alarmiert, wenn der Täter sich der Betroffenen nähert. Diese kann sich in
110 Sicherheit bringen und die Polizei kann umgehend an den Ort fahren, um ein
111 Aufeinandertreffen zu verhindern. Dieser Baustein des Spanischen Modells sorgt
112 dafür, dass der rechtliche Zustand auch durchsetzbar wird. Zu oft waren
113 betroffene Frauen erneuter Gewalt bis hin zu ihrer Ermordung ausgesetzt, obwohl
114 bereits ein Annäherungsverbot bestand. Insoweit ist zu begrüßen, wenn häusliche
115 Gewalt und Femizide damit auch in Thüringen wirksam verhindert werden können. Es
116 muss jedoch Fragen aufwerfen, wenn grundrechtsintensive Maßnahmen wie die
117 Fußfessel ohne Richtervorbehalt normiert werden.

118 Dieser Gesetzentwurf schießt über das Ziel hinaus. So sollen Fußfesseln
119 (Elektronische Aufenthaltsüberwachung) nicht nur an Tätern häuslicher Gewalt
120 oder der sexuellen Selbstbestimmung von der Polizei angebracht werden können,
121 sondern auch hier ohne Gerichtsbeschluss für Menschen die von der Behörde als
122 "Gefährder" definiert werden. Darüber hinaus ist die problematische Definition
123 zum Anwendungsbereich der Fußfessel als physische Überwachungsform
124 hervorzuheben: Sie kann nach dem Gesetzesentwurf gegen Personen, die "Anlagen
125 der kritischen Infrastruktur oder sonstige Anlagen mit unmittelbarer Bedeutung
126 für das Gemeinwesen" bedrohen, eingesetzt werden. Diese Definition ist zu
127 ungenau und bereitet den Weg dafür, dass präventive Überwachungsmaßnahmen ebenso
128 gegen zivile und auf dem Boden der Verfassung stehende Demonstrant*innen oder
129 Aktivist*innen ausgeweitet werden könnten, was auch hier wieder erwünschte
130 Verhaltensmuster fördert und Menschen in ihrem Verhalten einschränkt. Dies ist
131 hinsichtlich des Schutzes auf freie Meinungsäußerung, auf Bewegungsfreiheit
132 sowie des Schutzes und Erhalts einer demokratischen und kritischen
133 Zivilgesellschaft unverantwortlich. Schlussendlich gefährdet die Ausweitung
134 dieser Maßnahme auf andere Schutzgüter als Leib und Leben auch die
135 Rechtmäßigkeit dieses Paragraphen. Ob es verfassungsrechtlich zulässig ist, für

136 weniger gewichtige Schutzgüter, mit einer Standortüberwachung derart intensiv in
137 Grundrechte einzugreifen, darf bezweifelt werden.

138 Das "Spanische Modell" ist jedoch mehr als die Fußfessel. Sie ist ein
139 umfassendes Konzept, welches ausschließlich zum Schutz von gewaltbetroffenen
140 Frauen und Mädchen entwickelt worden ist und in viele (gesellschafts-)politische
141 Bereiche hineinwirkt. Wir kritisieren, dass die Landesregierung hier "Cherry-
142 Picking" betreibt, statt das "Spanische Modell" ganzheitlich umzusetzen. Deshalb
143 fordern wir, dass auch Prävention durch Bildung, Beratungsangebote für
144 Betroffene und spezialisierte Behörden gefördert werden. Zudem erwarten wir die
145 aussetehende Umsetzung des Chancengleichheitsfrdergesetzes von rot-rot-grün zum
146 Ausbau und zur Finanzierung von Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen.

147 Die Polizei hätte schon jetzt die Möglichkeit Maßnahmen aus dem "Spanischen
148 Modell" unkompliziert umzusetzen. Wir erwarten in den täglichen Polizeiberichten
149 Fälle von geschlechtsspezifischer Gewalt zu veröffentlichen, denn die Scham muss
150 die Seite wechseln! Weiterhin sollen endlich international anerkannte
151 unabhängige polizeiliche Risikobewertungen mittels standardisierter Fragebögen
152 angefertigt werden um wirklich funktionierende Schutzmaßnahmen ergreifen zu
153 können. Weiterhin soll die polizeiliche Kriminalstatistik im Bereich Gewalt
154 gegen Frauen in Thüringen umfassende Zahlen bereitstellen. So werden getötete
155 Kinder in diesem Zusammenhang bisher nicht erfasst. Auch eine konsequente
156 Verfolgung von geschlechtsspezifischer Gewalt im Netz ist ein Teil des
157 spanischen Modells. Die Fußfessel soll nicht als Repression gegen Menschen
158 eingesetzt werden, die allgemein oder polizeilich als Gefährder eingeschätzt
159 werden, sondern nur in Fällen von Partnerschaftsgewalt und hier auch nur mit
160 richterlichem Beschluss, wie es auch das "Spanische Modell" handhabt.

161 Richtig ist, dass mit dem erfolgreichen "Spanischen Modell" keine Frau mehr
162 getötet worden ist, wenn der Täter eine Fußfessel angelegt bekam. Wir lassen
163 aber nicht zu, dass die Landesregierung diese eine Maßnahme voranstellt, die sie
164 ohne Richtervorbehalt und für ganz viele weitere Phänomenbereiche ausgestaltet
165 hat, um zahlreiche grundrechtsintensive Eingriffe mit diesem Gesetz durch das
166 Parlament zu bekommen. Der Schutz von Betroffenen geschlechtsspezifischer Gewalt
167 darf nicht zum Feigenblatt für repressive polizeiliche Maßnahmen herangezogen
168 werden.

Begründung

Bereits im vergangenen Jahr hat der Thüringer Innenminister Maier seine Novelle des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes (ThürPAG oder PAG) vorgelegt. Das PAG regelt die Befugnisse der Polizei zur Gefahrenabwehr (in Abgrenzung zur Aufklärung von Straftaten, nach der StPO).

Im laufenden Jahr hat die Debatte um das Gesetz Fahrt aufgenommen. Zuletzt fand Ende August die Anhörung von Expert*innen im Landtag statt. In dem Rahmen hat sich eine bereits Thüringer Zivilgesellschaft gegen dieses Gesetz formiert und in dem Bündnis "ThürPAG" stoppen formiert. Begleitet wird das von überregionaler, kritischer Berichterstattung durch Netzpolitik und anerkannten Digitalexpert*innen, die diesen Gesetz ablehnen.

Vor diesem Hintergrund liegt es an uns Farbe zu bekennen und eine grüne Position zu finden. Dieser Antrag macht ein Vorschlag für eine grüne Position. Wir freuen uns auf die Debatte.

Weitere Infos:

<https://digitalcourage.de/blog/2026/anhoerung-polizeigesetz-thueringen>

<https://netzpolitik.org/2026/polizeigesetz-thueringen-haben-haben-haben-und-dann-schauen-was-passiert/>

Unterstützer*innen

Reinhard Loos (KV Erfurt)